



# Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Staatsministerium · Richard-Wagner-Straße 15 · 70184 Stuttgart

Frau  
Cornelia Single  
Franklinstraße 87  
70435 Stuttgart

Datum 25. Januar 2012  
Name Marion Sauer  
Durchwahl 0711 2153-0  
Telefax 0711 2153-470  
Aktenzeichen I-3824.5  
(Bitte bei Antwort angeben)

## Ihre E-Mails vom 25. November und 01. Dezember 2011

Sehr geehrte Frau Single,

für Ihre E-Mails an Herrn Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, in denen Sie das Verkehrsprojekt Stuttgart 21 thematisieren, danken wir Ihnen. Bitte sehen Sie es dem Herrn Ministerpräsidenten nach, dass er wegen der großen Zahl von Zuschriften, die ihn täglich erreichen, nicht persönlich auf Ihr Schreiben eingehen kann. Er hat mich daher gebeten, Ihnen zu antworten.

Bei der Volksabstimmung konnten die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg zum ersten Mal seit vierzig Jahren jenseits von Wahlen unmittelbar auf die Gestaltung der Politik Einfluss nehmen und über eine Sachfrage direkt entscheiden. Nach dem endgültigen Ergebnis der Volksabstimmung haben von den insgesamt 7.624.302 Abstimmungsberechtigten 3.682.739 abgestimmt. Dies entspricht einer sehr beachtlichen Abstimmungsbeteiligung von 48,3 Prozent. Nur selten sind bisher bei vergleichbaren Abstimmungen solch hohe Werte erreicht worden.

Die große Teilnahme zeigt ganz klar, dass die Menschen stärker an politischen Entscheidungen beteiligt werden wollen. Mit der Volksabstimmung haben wir einen großen Schritt in die echte Bürgergesellschaft gemacht. Die grün-rote Landesregierung versteht die hohe Beteiligung deshalb als klaren Auftrag, auf verschiedenen Ebenen mehr Elemente direkter Bürgerbeteiligung zu etablieren. Die Landesregierung wird hierzu zügig konkrete Vorschläge zur Umsetzung vorlegen.

Bei der Volksabstimmung am 27. November 2011 hat sich eine Mehrheit der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger klar gegen das S 21 – Kündigungsgesetz und für eine finanzielle Beteiligung des Landes an dem Bahnprojekt Stuttgart 21 ausgesprochen. Für Herrn Ministerpräsidenten ist dieses Votum des Volkes zunächst eine harte Entscheidung, an der er persönlich noch schwer trägt. Denn er ist der festen Überzeugung, dass die Alternativen zu Stuttgart 21 besser gewesen wären. Als guter Demokrat akzeptiert er den Willen des Souveräns aber ohne jeden Vorbehalt. Zugleich wird die Landesregierung dafür Sorge tragen, dass die Gräben im Streit um den Bahnhof wieder geschlossen werden.

Die Landesregierung wird das Projekt gemeinsam mit den anderen Projektpartnern konstruktiv und kritisch begleiten und dafür sorgen, dass die Schwächen, die in der Schlichtung zu Tage gefördert wurden, mit „Stuttgart 21 PLUS“ behoben werden. Die Landesregierung wird indes darauf achten, dass der vertraglich vereinbarte Kostendeckel eingehalten wird: Denn der Kostendeckel gilt unabhängig von dem Ausgang der Volksabstimmung. Hierzu gibt es einen einstimmigen Beschluss des Ministerrats vom 13. September 2011.

Nachdem Sie in Ihren E-Mails konkrete Bedenken technischer Art zu dem Bahnprojekt Stuttgart 21 mitgeteilt haben, habe ich mir erlaubt, Ihre E-Mails dem fachlich zuständigen Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zur Prüfung weiterzuleiten.

Herr Ministerpräsident hat mich ausdrücklich gebeten, Ihnen herzlichen Grüße zu übermitteln und Ihnen für Ihr bürgerschaftliches Engagement, das er persönlich sehr schätzt, zu danken.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Florian Stegmann

Leiter des Referats Verkehr und Infrastruktur

